

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Häfele, Windelen, Haase (Kassel), Dr. Kreile, Dr. Sprung, Dr. Riedl (München), Carstens (Emstek), Schröder (Lüneburg), Dr. Friedmann, Frau Berger (Berlin), Gerster (Mainz), Dr. Rose, Metz, Dr. Hackel, Borchert, Dr. Voss, Dr. Meyer zu Bentrup, Dr. von Wartenberg, Neuhaus, Spilker, Frau Dr. Hellwig, Dr. Kunz (Weiden) und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/286 —

Öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundesminister der Finanzen – I A 3 – Vw 6410 – 5/81 – hat mit Schreiben vom 22. April 1981 im Namen der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

Gemäß Artikel 109 des Grundgesetzes und § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes haben die öffentlichen Haushalte, insbesondere der Bund in den vergangenen Jahren im Interesse einer stetigen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere aber zur Sicherung der Beschäftigung, in größerem Umfang Kredite aufgenommen. Insgesamt haben Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sondervermögen Lastenausgleichsfonds und ERP von 1970 bis 1980 rund 350 Mrd. DM netto an Krediten aufgenommen. Im gleichen Zeitraum haben die zukunftsorientierten investiven Ausgaben rund 750 Mrd. DM betragen. Allein beim Bund entsprachen den Kreditaufnahmen in Höhe von rund 180 Mrd. DM Investitionsausgaben von rund 270 Mrd. DM. Öffentliche Investitionen tragen wesentlich dazu bei, den Produktionsmittelbestand der Volkswirtschaft zu erhalten, zu vermehren oder zu verbessern und geben demgemäß auch in künftigen Perioden Leistungen ab.

Was die Beurteilung des Umfangs der Kreditaufnahmen betrifft, lassen sich internationale Vergleichsmaßstäbe heranziehen. Unter 14 westlichen Industriestaaten nimmt die Bundesrepublik eine günstige Position ein (weitere Einzelheiten vgl. den vom Bundesfinanzministerium herausgegebenen Finanzbericht 1981):

- Bei der Schuldenquote, das ist das Verhältnis Schuldenstand zu gesamtwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ausgedrückt in Bruttosozialprodukt, zusammen mit der Schweiz den zweitletzten Rang (1979: 29 v. H.).

- Bei der Zins-Ausgabenquote des Staates bzw. Bundes, das ist der Zinsendienst im Verhältnis zu den Ausgaben, den elften Rang (1979: 5,5 v. H.)

Auch die Höhe der künftigen Kreditaufnahmen wird maßgeblich von der weiteren binnen- und außenwirtschaftlichen Entwicklung abhängig sein, die nur unvollkommen vorhersehbar ist. Für den Bund ist bereits heute erkennbar, daß die zu erwartenden Steuer-mindereinnahmen und die konjunkturbedingten Mehrausgaben eine höhere Nettokreditaufnahme 1981 bedingen, die angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung erforderlich ist (siehe Antwort zu Frage 5.2). Trotz der erkennbaren zusätzlichen Haushaltsrisiken werden die Gebietskörperschaften, wie sie in der Sitzung des Finanzplanungsrates vom 27. März 1981 vereinbart haben, an dem Ziel festhalten, den Ausgabenanstieg 1982 eng zu begrenzen, die öffentlichen Defizite wieder zu verringern und einen mittelfristig verstetigten Verlauf von Wirtschaftswachstum und öffentlichen Ausgaben anzusteuern.

1. Wie hoch war der Gesamtschuldenstand des Bundes*), seiner einzelnen Sondervermögen, der Länder und der Gemeinden (Angaben je getrennt und insgesamt) am 31. Dezember 1980, und wie wird er sich nach den mittelfristigen Finanzplanungen bis 1984 entwickeln?

Der Schuldenstand des Bundes, seiner Sondervermögen, der Länder und Gemeinden entwickelt sich nach den Finanzplänen bzw. Wirtschaftsplanen und Schätzungen wie folgt, wobei der Schuldenstand am 31. Dezember 1980 entsprechend der jährlichen Nettokreditaufnahmen (siehe Frage 5.1.) fortgeschrieben wurde:

	1980	1981	1982	1983	1984
	Stand am Jahresende in Mrd. DM				
Bund	230	257	283	308	328
LAF ¹⁾	(2 ^{1/2})	—	—	—	—
ERP	3	4	5	6	7
Länder	136	158	176 ^{1/2}	193	204
Gemeinden (Gv.)	84 ^{1/2}	92	98	102	102
insgesamt	454	512	563 ^{1/2}	609	642
nachrichtlich:					
Bundesbahn	32 ^{1/2}	34	37 ^{1/2}	42	47
Bundespost	34	39	45	51	58

¹⁾ ab 1980 beim Bund enthalten

Während die Schulden der Gebietskörperschaften absolut zu nehmen, beträgt ihr Anteil am Bruttosozialprodukt im Finanzplanungszeitraum gleichbleibend rund ein Drittel.

*) einschließlich Lastenausgleichsfonds, dessen Kapitaldienst der Bund ab 1980 trägt

2. Wie gliedert sich der Gesamtschuldenstand des Bundes am 31. Dezember 1980 nach Darlehensarten und Fälligkeiten auf? (Die Angaben sollen die Bruttotilgungsverpflichtungen in den einzelnen Jahren ab 1981 umfassen).

Die Schulden des Bundes nach dem Schuldenstand vom 31. Dezember 1980 – aufgegliedert nach Schuldenarten – werden wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich fällig:

	Schuldenstand am 31. Dezember 1980	Tilgungsleistungen in den Jahren (in Mrd. DM)													
		1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	ab 1994
Bund															
Bundesanleihen	43,4	5,2	2,9	4,2	5,1	4,1	2,3	3,8	1,9	7,3	6,1	—	—	0,5	—
Bundesobligationen	9,1	—	—	—	1,2	7,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesschatzbriefe	24,1	4,5	4,1	3,2	1,6	1,9	5,3	3,5	—	—	—	—	—	—	—
Schuldscheindarlehen	117,0	11,5	15,1	17,0	13,4	8,7	9,1	6,4	8,6	7,7	8,2	2,8	1,6	0,4	6,5
Kassenobligationen	18,2	7,9	7,9	0,3	2,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
U-Schätze/ Finanzierungs-Schätze	6,0	3,9	2,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushaltskredite	217,8	33,0	32,1	24,7	23,4	22,6	16,7	13,7	10,5	15,0	14,3	2,8	1,6	0,9	6,5
Schuldbuchforderungen	0,6	0,1	—	0,1	—	—	0,1	—	—	0,1	0,1	0,1	—	—	—
Ausgleichs-Forderungen und sonstige Altschulden	11,2 ¹⁾	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	1,6
eigene Bundesschuld	229,6 ²⁾	33,2	32,3	25,0	23,5	22,7	16,9	13,8	10,6	15,2	14,4	3,0	1,8	1,0	8,1
Schuldmitübernahme Ausgleichsfonds	2,8 ³⁾	0,1	0,1	0,5	0,3	0,2	0,1	0,7	0,7	0,1	—	—	—	—	—
Gesamtschuld	232,4														
Tilgungsleistungen		33,3	32,4	25,5	23,8	22,9	17,0	14,5	11,3	15,3	14,4	3,0	1,8	1,0	8,1

¹⁾ Davon rund 8,1 Mrd. DM nicht tilgbarer Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank

²⁾ Vor Abzug der Eigenbestände in Höhe von rund 2,1 Mrd. DM

³⁾ Vor Abzug der Eigenbestände in Höhe von rund 0,3 Mrd. DM

3. Wie hoch war der Anteil der Kreditinanspruchnahmen (netto)
- des Staates,
 - der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft),
 - der Unternehmen der Wohnungswirtschaft,
 - der privaten Haushalte
- an der Geldvermögensbildung der inländischen nichtfinanziellen Sektoren im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969, 1970 bis 1974, in den einzelnen Jahren seit 1975, und wie hoch werden diese Anteile aus heutiger Sicht im Jahre 1981 sein?

Zur Finanzierung des gesamtwirtschaftlichen Kreditbedarfs steht die gesamte Geldvermögensbildung zur Verfügung. Geldvermögen entsteht vor allem durch Geldanlagen bei Banken, Bausparkassen und Versicherungen und durch den Kauf von Wertpapieren. Geldvermögen wird überwiegend von privaten Haushalten, aber auch von Unternehmen und – in neuerer Zeit als Folgeerscheinung der sprunghaften Verteuerung des Erdöls – zunehmend vom Sektor Ausland (netto) gebildet. Die privaten Haushalte tragen zur Geldvermögensbildung der inländischen nichtfinanziellen Sektoren 1979 rund 70 v.H., zur gesamten Geldvermögensbildung aller nichtfinanziellen Sektoren jedoch nur 57 v.H. bei.

Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung, welche die Deutsche Bundesbank regelmäßig veröffentlicht, stellt Angaben für die Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der volkswirtschaftlichen Sektoren bis zum 1. Halbjahr 1980 zur Verfügung. Die Übersicht bezieht die Kreditaufnahme einmal auf die inländischen, zum anderen auf die gesamte Geldvermögensbildung der nichtfinanziellen Sektoren.

Vorausschätzungen der Geldvermögensbildung und ihrer Inanspruchnahme durch die volkswirtschaftlichen Sektoren sind mit zu großen Risiken behaftet. Eine Projektion der Finanzierungsrechnung kann daher nicht vorgenommen werden.

Jahr	Geldvermögensbildung der nichtfinanziellen Sektoren ¹⁾				Inanspruchnahme ²⁾ durch				
	Gesamt	Ausland	Inland		private Haushalte	Staat ³⁾	Unternehmen		Ausland
			insgesamt	darunter: private Haushalte			ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Anteile in v. H. der gesamten Geldvermögensbildung									
Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969	100	13,54	86,46	(52,08)	3,44	10,99	45,03	24,83	18,46
Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974	100	16,57	83,43	(52,82)	3,85	11,01	44,44	21,15	23,07
1975	100	17,44	82,56	(61,99)	4,45	38,65	25,09	13,90	22,84
1976 _p	100	19,61	80,39	(53,96)	7,52	25,12	33,43	14,79	23,96
1977 _p	100	16,49	83,51	(56,21)	8,22	21,08	34,04	20,46	21,69
1978 _p	100	19,18	80,82	(50,74)	8,48	21,63	24,65	23,22	27,62
1979 _p	100	18,73	81,27	(57,35)	9,55	21,46	32,62	29,15	13,43
1980 1. Hj. _p	100	23,16	76,85	(57,62)	6,23	25,81	32,44	27,18	10,08
Anteile in v. H. der inländischen Geldvermögensbildung									
Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969			100	(60,24)	3,97	12,71	52,07	28,72	
Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974			100	(63,31)	4,61	13,20	53,27	25,35	
1975			100	(75,08)	5,40	46,82	30,38	16,84	
1976 _p			100	(67,12)	9,36	31,57	41,58	18,39	
1977 _p			100	(67,31)	9,84	25,42	40,76	24,50	
1978 _p			100	(62,79)	10,49	26,77	30,50	28,73	
1979 _p			100	(70,56)	11,75	26,40	40,14	35,86	
1980 1. Hj. _p			100	(74,58)	8,10	33,59	42,21	35,36	

¹⁾ vorläufige Zahlen

²⁾ Geldvermögensbildung der nichtfinanziellen Sektoren insgesamt

³⁾ Kreditaufnahme einschließlich von finanziellen Sektoren

⁴⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

4. Wie hoch ist die in den einzelnen Jahren des Zeitraums 1981 bis 1984 vom Bund, seinen einzelnen Sondervermögen, den Ländern und den Gemeinden geplante Bruttokreditaufnahme (Angaben je getrennt und insgesamt)?

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes, seiner Sondervermögen, der Länder und Gemeinden entwickelt sich nach den Finanzplänen bzw. den Wirtschaftsplänen und den Finanzprojektion wie folgt:

	1981	1982	1983	1984
	– in Mrd. DM –			
Bund	61 ^{1/2}	59	54	47 ^{1/2}
Lastenausgleichsfonds ¹⁾	—	—	—	—
ERP-Sondervermögen	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
Länder	33	29 ^{1/2}	29	23 ^{1/2}
Gemeinden (Gv.)	13	12 ^{1/2}	11	7 ^{1/2}
insgesamt	109 ^{1/2}	102 ^{1/2}	95 ^{1/2}	80 ^{1/2}
nachrichtlich:				
Deutsche Bundesbahn	6,3	6,2	8,4	9,7
Deutsche Bundespost	9,7	12,2	9,3	10,4

¹⁾ Ab 1980 beim Bund enthalten

Die Bruttokreditaufnahmen ergeben sich aus den in der Antwort zu Frage 5.1. ausgewiesenen Nettokreditaufnahmen zuzüglich der in der Antwort zu Frage 6 ausgewiesenen Tilgungen.

5. 1. Wie hoch ist die in den einzelnen Jahren des Zeitraums 1981 bis 1984 vom Bund, seinen einzelnen Sondervermögen, den Ländern und den Gemeinden in den Finanzplanungen und mittelfristigen Vorausschätzungen vorgesehene Nettokreditaufnahme (Angaben je getrennt und insgesamt)?

Die Angaben über die Nettokreditaufnahmen 1981 gehen von dem vom Finanzplanungsrat wiederholt bekräftigten Kurs eines eng begrenzten Ausgabenrahmens aus. Für den Bund erfolgt die Angabe nach dem Haushaltsentwurf 1981, für die Länder aus Gründen der Vergleichbarkeit unter Zugrundelegung der Ausgaben, die in ihren Haushaltsplänen/-entwürfen 1981 zur Zeit der Beschlußfassung der Bundesregierung über den Haushaltsentwurf 1981 des Bundes ausgewiesen waren. Auf der Einnahmenseite wurde davon ausgegangen, daß die in den Haushaltsplänen/-entwürfen der Länder ausgewiesenen Einnahmen nach langjähriger Erfahrung zu niedrig angesetzt sind. Für die Gemeinden wurde eine Ausgabenentwicklung zugrundegelegt, die nicht so zurückhaltend ist wie die Einschätzung durch die kommunalen Spitzenverbände.

Für 1982 ergeben sich die Nettokreditaufnahmen unter Zugrundelegung der Angaben in den geltenden Finanzplänen des Bundes und – soweit bisher vorgelegt (sonst geschätzt) – der Länder. Danach steigen die Ausgaben in den Jahren ab 1982 um jeweils 5 v.H. an; diese Zunahme wurde, weil bei den Gemeinden (Gv.)

eine den staatlichen Ebenen vergleichbare Finanzplanung nicht vorliegt, auch für die Kommunen zugrundegelegt. Für die Sondervermögen werden die Angaben der Wirtschaftspläne mitgeteilt.

	1981	1982	1983	1984
	– in Mrd. DM –			
Bund	27 ^{1/2}	26	24 ^{1/2}	20
Lastenausgleichsfonds ¹⁾	—	—	—	—
ERP-Sondervermögen	1	1	1	1
Länder	22	18 ^{1/2}	16 ^{1/2}	11
Gemeinden (Gv.)	7	6	4	^{1/2}
insgesamt	58	52	46	33
nachrichtlich:				
Deutsche Bundesbahn ²⁾	1,7	3,1	4,3	5,6
Deutsche Bundespost ²⁾	5,1	5,9	6,2	7,0

¹⁾ Ab 1980 beim Bund enthalten.

²⁾ Bei diesen Sondervermögen des Bundes wirken sich starke Investitionsschübe aus (neue Wähltechnik und Glasfasereinsatz in der Leitungstechnik des Fernmeldewesens der Bundespost; Infrastrukturverbesserungen, insbesondere Neubaustrassen, der Bundesbahn).

5. 2. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes ist in vielen Punkten (z. B. Steuerschätzung, Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit, Verteidigungsausgaben nach dem Ergebnis der jüngsten Bestandsaufnahme im Bundesministerium der Verteidigung) bereits überholt.

Wie hoch wird die in den einzelnen Jahren ab 1981 vom Bund vorzunehmende Nettokreditaufnahme unter Berücksichtigung der bereits heute absehbaren Haushaltsmehrbelastungen ausfallen, wenn diese Einnahmeausfälle und Mehrausgaben durch eine Erhöhung der Neuverschuldung ausgeglichen werden, wie es der Bundesminister der Finanzen für das Haushaltsjahr 1981 bereits am 23. Januar 1981 im Deutschen Bundestag angekündigt hat?

Der geltende Finanzplan des Bundes für die Jahre 1980 bis 1984 wurde von der Bundesregierung im Dezember 1980 verabschiedet. Er beruht auf der damaligen Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Bundesregierung beabsichtigt, den neuen Finanzplan für den Planungszeitraum 1981 bis 1985 zusammen mit dem Entwurf des Haushalts 1982 vor der parlamentarischen Sommerpause – voraussichtlich im Juli – zu beschließen und Bundestag und Bundesrat im September zuzuleiten. Dieser Finanzplan wird die aktuellen Entwicklungen berücksichtigen. Damit entspricht die Bundesregierung den gesetzlichen Vorschriften, wonach der mehrjährige Finanzplan des Bundes jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen sowie den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist.

Für den Ansatz der Nettokreditaufnahme 1981 ist inzwischen die Notwendigkeit einer Steigerung gegenüber dem Regierungsentwurf absehbar. Aufgrund der veränderten Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung ist mit Mehrausgaben, insbesondere für Arbeitslose, sowie mit Steuerausfällen zu rechnen. Eine Auf-

stockung der Nettokreditaufnahme ist im Hinblick auf die konjunkturbedingten zusätzlichen Haushaltsbelastungen des Bundes gerechtfertigt. Hierüber wird das Parlament zu entscheiden haben.

6. Wie hoch sind die Zins- und Tilgungsverpflichtungen in den einzelnen Jahren des Zeitraums 1981 bis 1984 beim Bund, seinen einzelnen Sondervermögen, den Ländern und den Gemeinden (Angaben je getrennt und insgesamt) unter Berücksichtigung der geplanten Neuverschuldung (ggf. Schätzzahlen)?

Die Angaben erfolgen getrennt, weil nach dem 1969 verabschiedeten Haushaltsgrundsätzegesetz (§ 10) Zinsen und Tilgungen deutlich voneinander zu unterscheiden sind. Während es sich bei Zinszahlungen um Ausgaben handelt, werden Tilgungen zu den Finanzierungsvorgängen gezählt.

Die Zinsverpflichtungen in den Jahren 1981 bis 1984 beim Bund, seinen Sondervermögen, bei den Ländern und Gemeinden betragen:

	1981	1982	1983	1984
	– in Mrd. DM –			
Bund	16 ^{1/2}	19	21 ^{1/2}	23
darunter Lastenausgleichsfonds ¹⁾	(0,2)	(0,2)	(0,2)	(0,1)
ERP-Sondervermögen	^{1/2}	^{1/2}	^{1/2}	^{1/2}
Länder	10 ^{1/2}	12	13 ^{1/2}	14 ^{1/2}
Gemeinden (Gv.)	6	6 ^{1/2}	6 ^{1/2}	6 ^{1/2}
insgesamt	33	37 ^{1/2}	41 ^{1/2}	44 ^{1/2}
nachrichtlich:				
Deutsche Bundesbahn	2,6	2,9	3,3	3,7
Deutsche Bundespost	1,5	1,7	2,0	2,3

Bei den Tilgungsverpflichtungen beruhen die Angaben von Bund und Ländern auf den geltenden Finanzplänen. Für die Gemeinden wurde ab 1982 eine Schätzung vorgenommen.

	1981	1982	1983	1984
	– in Mrd. DM –			
Bund	34	33	29 ^{1/2}	27 ^{1/2}
darunter Lastenausgleichsfonds ¹⁾	(0,0)	(0,1)	(0,5)	(0,3)
ERP-Sondervermögen	^{1/2}	^{1/2}	^{1/2}	^{1/2}
Länder	11	10 ^{1/2}	12 ^{1/2}	12 ^{1/2}
Gemeinden (Gv.)	6	6 ^{1/2}	7	7
insgesamt	51 ^{1/2}	50	49 ^{1/2}	47
nachrichtlich:				
Deutsche Bundesbahn	4,6	3,2	4,1	4,2
Deutsche Bundespost	4,6	6,3	3,1	3,4

¹⁾ Ab 1. Januar 1980 trägt der Bund den Kapitaldienst für den Lastenausgleichsfonds

7. Wie entwickelte sich die durchschnittliche Verzinsung (effektiv) beim Bund in den einzelnen Quartalen seit dem 1. Quartal 1979 bis heute (aufgegliedert nach Darlehensarten und durchschnittlich insgesamt)?

Die durchschnittliche Effektivverzinsung beim Bund – aufgegliedert nach Schuldenarten – entwickelte sich in den einzelnen Quartalen der Jahre 1979 und 1980 wie folgt:

	I/79	II/79	III/79	IV/79
	– in v. H. –			
Bundesanleihen	—	7,59	7,78	7,82
Bundesobligationen	—	—	—	7,95
Bundesschatzbriefe	6,08	7,25	7,66	7,67
Schuldscheindarlehen	6,60	7,78	8,04	8,35
Kassenobligationen	6,33	—	—	—
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,23	—	—	7,09
Finanzierungsschätze	5,11	6,09	6,98	8,37
insgesamt	6,49	7,65	7,88	8,03

	I/80	II/80	III/80	IV/80
	– in v. H. –			
Bundesanleihen	—	8,95	—	8,40
Bundesobligationen	8,31	9,13	7,88	8,44
Bundesschatzbriefe	8,21	9,00	7,90	7,93
Schuldscheindarlehen	8,86	9,38	8,07	8,86
Kassenobligationen	—	8,47	7,70	—
Unverzinsliche Schatzanweisungen	—	7,77	—	8,40
Finanzierungsschätze	8,17	8,67	8,00	7,57
insgesamt	8,65	9,11	8,00	8,70

8. Welche Annahmen über die Entwicklung (Höhe) der Zinsen (aufgegliedert nach Darlehensarten und durchschnittlich insgesamt) liegen den Ansätzen für die Verzinsung im Bundeshaushalt 1981 und im Finanzplan des Bundes bis 1984 zugrunde (Kap. 32 05; 1981: 16 262 Mio. DM; 1982: 19 003 Mio. DM; 1983: 21 383 Mio. DM; 1984: 23 254 Mio. DM)?

Die Zinssätze 1981 bis 1984 wurden unter Zugrundelegung folgender Annahmen ermittelt:

Finanzierungsart	Zinssätze p.a. in v. H.
Bundesanleihen	5,00 – 10,00
Bundesobligationen	7,50 – 9,25
Bundesschatzbriefe	3,25 – 11,00
Schuldscheindarlehen	4,75 – 11,10
Kassenobligationen	7,50 – 9,25
Unverzinsliche Schatzanweisungen	6,9*)
Finanzierungsschätze	6,9*)

*) Verkaufszinssatz

Eine Aufgliederung nach durchschnittlicher Verzinsung liegt nur für die effektive Kreditaufnahme ab 1978 vor (vgl. Frage 7).

Weitergehende Durchschnittsberechnungen wären mit einem unverhältnismäßig großem Aufwand verbunden. Sie hätten nur eine geringe Aussagekraft für die künftigen Jahre, da Zusammensetzung und Modalitäten der weiteren Kreditaufnahmen von der Marktentwicklung abhängen.

9. Welche jährliche Mehrbelastung ergibt sich für den Bund, seine Sondervermögen, die Länder und die Gemeinden (Angaben je getrennt) bei einer Zinserhöhung von durchschnittlich 1 v. H. (bezogen auf den Bruttokreditbedarf im Jahre 1981)?

Die – letztlich hypothetische – Frage läßt sich wegen fehlender Informationen über die Struktur der Verschuldung nach Art und Fristigkeit nicht exakt beantworten.

Wird hilfsweise vom Bruttokreditbedarf 1981 ausgegangen (siehe Frage 4) und hiervon 1 v. H. als Erhöhung des Zinssatzes berechnet, so ergibt sich eine Zinsmehrbelastung 1982 in einer Größenordnung

beim Bund	von rund 600 Mio. DM
beim ERP-Sondervermögen	von rund 10 Mio. DM
bei den Ländern	von rund 330 Mio. DM
bei den Gemeinden	von rund 130 Mio. DM
bei der Deutschen Bundesbahn	von rund 60 Mio. DM
bei der Deutschen Bundespost	von rund 100 Mio. DM

10. Wie deckte der Bund die jeweilige Bruttokreditaufnahme in den einzelnen Haushaltsjahren 1978 bis 1980 (aufgegliedert nach Darlehensarten, nach durchschnittlicher effektiver Verzinsung und nach durchschnittlichen Laufzeiten)?

Der Bruttokreditbedarf des Bundes wurde in den Haushaltsjahren 1978 bis 1980 durch folgende Bruttokreditaufnahmen gedeckt:

	Haushaltsjahre			Durchschnittliche ¹⁾ Verzinsung effektiv			Durchschnittliche Laufzeiten					
	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978		1979		1980	
	– in Mrd. DM –			– in v. H. –			Jahre	Monate	Jahre	Monate	Jahre	Monate
Bundesanleihen . . .	7,1	10,6	5,6	6,0	7,7	8,7	8	3	9	3	10	—
Bundesschatzbriefe .	—	0,6	8,5	—	7,9	8,7	—	—	5	—	4	11
Schuldscheindarlehen	3,2	6,4	6,4	5,3	7,3	8,4	6	5	6	5	6	6
Kassenobligationen .	23,4	32,8	33,6	6,1	7,5	8,8	6	3	8	1	5	8
Unverzinsliche Schatzanweisungen .	8,7	1,4	2,1	5,4	6,3	8,1	3	7	3	3	4	0
Finanzierungsschätze	3,4	1,1	2,0	4,1	6,7	8,4	2	0	2	0	2	0
	0,9	1,7	1,4	4,2	8,0	8,2	1	10	1	10	1	10
insgesamt .	46,7	54,6	59,6	5,7	7,5	8,7	5	8	7	6	5	11

¹⁾ Abgrenzung Kalenderjahr

